

Berlin, 20. August 2007

447/07

Mitteilung für die Presse

Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“ für den SPD-Bundesparteitag in Hamburg

Der Parteivorstand der SPD hat am 20. August 2007 folgenden Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“ für den SPD-Bundesparteitag in Hamburg beschlossen:

Mit dem Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“, der die sozialdemokratischen Positionen auf den wichtigsten Feldern der Kulturpolitik markiert, unterstreicht die SPD, dass für sie Kulturpolitik ein zentrales Politikfeld ist. In der globalisierten Wissensgesellschaft sind politische Zukunftsaufgaben ohne den Beitrag der Kultur nicht zu lösen.

Ausgangspunkt jeder sozialdemokratischen Kulturpolitik ist der *Eigenwert* und besondere Stellenwert der Künstlerinnen und Künstler sowie der *eigenständige* Beitrag des Kulturellen zur Entwicklung der Persönlichkeit und der Zukunft der Gesellschaft. Kultur ist die elementare Basis von Demokratie, Kultur ist die Grundlage von Dialog und internationaler Verständigung. Die SPD wird auch in Zukunft die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern hohen Stellenwert einräumen.

„Kultur ist unsere Zukunft“ – vor allem in einem dreifachen Sinne:

- Kultur und Bildung sind integraler Bestandteil des sozialdemokratischen Konzeptes des Vorsorgenden Sozialstaates, der neuen gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenwirkt. Erst durch Bildung und kulturelle Auseinandersetzung wird wirkliche Integration möglich. „*Kulturelle Teilhabegerechtigkeit*“ wendet den Grundwert sozialer Gerechtigkeit auf den Bereich von Kunst, Kultur und Bildung an. Wir brauchen eine *Kultur der Anerkennung*“, die jenseits von Abschottung und von Assimilation auf der Basis bürgerschaftlicher Werte kulturelle Unterschiede nicht nur respektiert, sondern für eine gegenseitige Bereicherung hält. Eine integrierende, auch sozial engagierte Kulturpolitik kann Sozialpolitik niemals ersetzen, doch eine Sozialpolitik ohne kulturelle Dimension ist immer unvollständig.

- Es gibt keine demokratische Zukunft ohne Erinnerungskultur. Diese muss sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen und die demokratischen Werte vermitteln helfen, indem Unterschiede zwischen Ursachen und Wirkungen, zwischen Tätern und Opfern nicht verwischt werden. Die SPD wird die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und die SED-Diktatur aufrecht halten. Mit dem Gedenken an deren Opfer ebenso wie an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen werden wir das demokratische Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie stärken. Erinnerungskultur sollte darüber hinaus nicht nur der Opfer und der Täter erinnern, sondern auch eine Aufarbeitung des Alltags von Diktaturen leisten – auch von daher kommt kultureller, geschichtlicher und politischer Bildung eine herausragende Bedeutung zu.

- Kultur ist zur Bewältigung des Strukturwandels jenseits der traditionellen Industriegesellschaft immer wichtiger geworden für Innovation und Fortschritt, für wirtschaftliche Dynamik und neue Arbeitsplätze. Wegen ihres enormen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials ist die *Kultur- und Kreativwirtschaft* neben ihrem hohen kulturellen Wert zu einer wirtschafts-, arbeitsmarkt- und technologiepolitischen Schlüsselbranche geworden. Es gilt insbesondere das Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern und zu stärken, da gerade sie wesentlich zu Wachstum, Beschäftigung und Innovation beitragen. Das Forum Wirtschaft der SPD befasst sich bereits intensiv mit dem Thema Kreativwirtschaft und kooperiert mit wichtigen Protagonisten dieses Branchenkomplexes.

Leitantrag „Kultur ist unsere Zukunft“

1. Sozialdemokratische Kulturpolitik

Tradition und neue Rahmenbedingungen

Die SPD, aus Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangen, brachte eine reichhaltige Arbeiterkultur hervor und verstand sich in den fast 150 Jahren ihrer Geschichte immer auch als Partei der Kultur und Bildung. In den 1960er und 1970er Jahren wurde das besondere Verhältnis von Willy Brandt zu den wichtigsten Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen legendär. Die „neue“ Kulturpolitik seit den 1970er Jahren, die aktive kulturelle Gestaltung und Teilhabe auf der Basis eines erweiterten Kulturbegriffs, war sozialdemokratisch geprägt. Auch die deutsche Einheit war für die SPD eine kulturelle Herausforderung, gerade Sozialdemokraten griffen wichtige Impulse Ostdeutschlands für die gesamtdeutsche Kulturpolitik auf. Von Gerhard Schröder ging der Neuaufbau der bis heute erfolgreichen Bundeskulturpolitik aus.

Heute ist für Sozialdemokraten die Kulturpolitik auf kommunaler und Länderebene sowie im Bund zu einem wichtigen Politikfeld geworden. Es geht dabei nicht nur um Kunstgenuss und Unterhaltung, um aktive kulturelle Beteiligung und Gestaltung, um aktive kulturelle Beteiligung und Gestaltung, um Repräsentation, Symbolik und Ornamentales, es geht auch um unsere Zukunftsfähigkeit, um die Qualität unserer gesellschaftlich-kulturellen Diskurse und die Bewältigung des kulturellen Zusammenlebens in der globalisierten Welt. Wir wissen, wie sehr eine Reformpartei wie die SPD den Gedankenaustausch und die ständige Mahnung der Künstlerinnen und Künstler braucht. Sie ist angewiesen auf die kritische Begleitung und konstruktiven Impulse der Kultur, ohne deren Eigenständigkeit Infrage zu stellen.

Heute ist die international einzigartige Dichte der deutschen Kulturlandschaft unter Druck geraten: Viele gewachsene Kulturinstitutionen und öffentliche kulturelle Reflexionsräume leiden unter den begrenzteren Möglichkeiten des Staates und der gesellschaftlichen Bedeutungszunahme von wirtschaftlicher Effizienz und ökonomischer Ausrichtung.

Gleichzeitig eröffnen sich auf der Basis der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien neue Möglichkeiten. Mit ihnen entstehen neue künstlerische Produktions- und Rezeptionsweisen und veränderte Öffentlichkeiten. Andererseits müssen wir mit neuen Gefahren umgehen, geht es doch auch darum, sich nicht durch die virtuelle Welt gefangen nehmen zu lassen.

Gerade die Wissensgesellschaft der Zukunft ist auf Individualität, Engagement und Kreativität angewiesen. Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen ist Kulturpolitik mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert und es eröffnen sich zugleich neue Gestaltungsoptionen. Der Kulturpolitik wachsen damit neue Aufgaben zu.

Stellenwert von Kulturpolitik

Heute sind politische Zukunftsaufgaben ohne den Beitrag der Kultur nicht zu lösen. Die sozialdemokratische Auffassung, dass Kulturpolitik immer auch Gesellschaftspolitik ist, bleibt bestehen und gilt umso mehr:

- Kultur ist die elementare Basis von *Demokratie*. Demokratie kann sich nur entfalten und verwurzeln, wenn sie in eine Kultur eingebettet ist, die von Werten wie Verständigungs- und Handlungsbereitschaft getragen ist. Menschen suchen neben der Möglichkeit, sich selbst entfalten und verwirklichen zu können, nach Orientierung, Heimat und Identität. Sie brauchen die Freiheit, um teilzuhaben an den vielfältigen Angeboten und Eindrücken. Und sie müssen befähigt sein, mit diesen Möglichkeiten umgehen und sie nutzen zu können. Die Stärkung wertefundierter Haltungen (Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit), die Entwicklung selbständiger und toleranter Persönlichkeit, die Befähigung zur Wahlfreiheit, eine

verständnisvolle aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur: kulturelle Bildung schafft dafür Grundlagen.

- Kulturpolitik erhält im sozialdemokratischen Konzept des Vorsorgenden Sozialstaates Bedeutung als integraler Bestandteil einer *neuen Sozialpolitik*, die sich nicht mit jeder Ausdifferenzierung von Gesellschaft in politische Milieus abfindet und die den neuen gesellschaftlichen Spaltungen und Ausgrenzungen entgegenwirkt. Erst durch Bildung, kulturelle Auseinandersetzung und Anerkennung sowie Einbezug wird wirkliche Teilhabe und Integration möglich. Eine integrierende, auch sozial engagierte Kulturpolitik kann Sozialpolitik niemals ersetzen, doch eine Sozialpolitik ohne kulturelle Dimension ist immer unvollständig.
- In der globalisierten Wissensgesellschaft kommt Kulturpolitik eine wichtige Querschnittsaufgabe zu. Durch die Förderung und Stärkung von *Innovation und Fortschritt* leistet sie einen wirtschaftlichen relevanten Beitrag, um den Strukturwandel zu bewältigen. Ohne sie einseitig auf ökonomische Ziele ausrichten zu wollen, erhält Kulturpolitik, wo ein moderner „kreativer Sektor“ zu wirtschaftlicher Dynamik und neuen Arbeitsplätzen führt, eine neue Aufgabe im Sinne einer „postindustriellen Industriepolitik“.
- Kultur ist Grundlage von *Dialog*. In internationalen Verständigungsprozessen ist sie häufig die erste Möglichkeit, Kontakte mit der Zivilgesellschaft zu unterstützen. In Krisenregionen ist es darüber hinaus möglich, mittels Medien wie Rundfunk und Internet (Deutsche Welle) Informationen zur Verfügung zu stellen und kulturelle Angebote an die Menschen zu bringen.

„Neue“ Kulturpolitik

Der „neuen“ Kulturpolitik im Rahmen des sozialdemokratischen Reformaufbruchs der 1970er Jahre ging es um das „Bürgerrecht Kultur“, um Kultur „für alle“ und „von allen“. Zur kulturellen Versorgung als öffentliche Aufgabe (Museen, Theater, Opern, Orchester, Bibliotheken usw.) kam die spezifische Förderung von nun weiter gefassten kulturellen Szenen und Personen (Künstlerförderung, Stadtteilkultur, kulturelle Bildung, Soziokultur usw.) hinzu. Der sozialdemokratische Anspruch von Emanzipation, Partizipation, Kultur „von unten“ und multikultureller Offenheit bleibt richtig, muss aber in die neue Zeit übersetzt werden.

Die Erneuerung dieser „neuen“ Kulturpolitik ist - auch als Reaktion auf wohlfahrtsstaatliche Finanzierungsprobleme - längst im Gange. Sie entspricht dem Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaates, stärker in die Infrastruktur zu investieren, um die aktive Teilnahme der Menschen am Leben der Gesellschaft zu unterstützen. Eine solche Kulturpolitik - jenseits neoliberalen Verzichts auf staatliche Verantwortung und jenseits von Illusionen, man könne zum Ausbau des nationalen Wohlfahrtsstaates zurückkehren - bedeutet:

- *Werte und Leitideen* zu formulieren, mit denen sich Zumutungen und Ansprüche von Seiten der Kultur glaubhaft begründen lassen;
- mit der *kulturellen Grundversorgung* und der Debatte um *Kultur als kommunaler Pflichtaufgabe* Linien zu markieren, hinter die es kein weiteres Zurück geben darf;
- *Kultur als Bildungspolitik* ins Zentrum zu rücken, denn kein Kulturgut wird ohne Unterstützung der nachwachsenden Generationen Bestand haben;
- Kulturpolitik mehr denn je *als Vermittlungsaufgabe* zu verstehen: angesichts föderaler Kompetenzverteilung, unterschiedlicher Ressortzuständigkeiten, des

Bedeutungsgewinns der Verbände, der Delegation von Aufgaben an Mittlerorganisationen und intermediäre Instanzen;

- Die *aktive Bürgergesellschaft* einzubeziehen: durch ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich oder durch Verantwortungspartnerschaften bei Finanzierung und Trägerschaft von Kultureinrichtungen (Stiftungen, Public-Private-Partnership-Modelle, gemeinnützige GmbHs usw.);
- Kultur zu nutzen als Mittel des *internationalen Dialogs* und Austausches sowie der friedlichen Verständigung.

Die Verteidigung und Förderung der Kultur ist nur zum Teil Kulturpolitik im engeren Sinne, sie ist wesentlich eine Querschnittsaufgabe vieler Politikbereiche wie Bildungs-, Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik, muss aber als ein Gesamtzusammenhang verstanden werden.

2. Unser Verständnis von Kultur

Eigenwert von Kunst und Kultur

Kultur ist gleichermaßen Ausdruck wie Voraussetzung von Freiheit. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist vor allem Förderung der kulturellen Gestaltungs- und Ausdrucksformen. Kunst und Kultur brauchen zu ihrer Entfaltung Freiraum, auch Abstand von der Politik und von wirtschaftlicher Macht, ebenso wie Kunst und Kultur durch die Vielfalt ihrer symbolischen und imaginären Darstellungsweisen erst den gesellschaftlichen und für die Demokratie notwendigen Freiraum herstellen. Grundlegend für jede Kulturpolitik ist, dass sie der Autonomie der Kunst dient. Erst diese „Zweckmäßigkeit ohne Zweck“, wie Immanuel Kant formulierte, schafft die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation. Zudem ist Kultur - und hierin besonders die Künste - immer auch kritischer Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen. Diese Freiheit von Kunst und Kultur zu garantieren und zu schützen, darf nicht gleichgesetzt werden mit falsch verstandener Selbstüberlassung, bei der sich kulturelle Produktionen, Praxen und Infrastrukturen vollständig privaten Interessen ausliefern würden. Kunst und Kultur dürfen nicht der demokratischen Öffentlichkeit als Verhandlungsraum entzogen werden, sie sind ein wesentlicher Teil davon.

Die Verantwortung des Staates im Bereich der Kulturpolitik bedeutet für uns vor allem, Freiheit dort zu ermöglichen, wo sich Kunst und Kultur nicht wirtschaftlich erfolgreich oder zivilgesellschaftlich befördert von alleine realisieren. Sozialdemokratische Kulturpolitik stärkt Orte des gesellschaftlichen Selbstgesprächs neben und jenseits von Kunstmarkt und Kulturindustrie. Sozialdemokraten lassen sich hierbei davon leiten, mit Kunst und Kultur besonders Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit zu fördern, Erfahrungsräume des Menschen jenseits seiner Marktrollen als Konsument und Arbeitskraft.

Kultur und Kunst sind als Diskussionsorte, Handlungsräume und Gedächtnisformen notwendige Bedingungen des gesellschaftlichen und politischen Nachdenkens. In der modernen Mediendemokratie erzeugen kulturelle Produktionen die spezifischen Freiräume, die eine reflektierende Öffentlichkeit für sich selbst notwendig braucht. Für uns Sozialdemokraten darf Kultur in der Demokratie nicht von ihrer politisierenden, d.h. Gemeinschaft stiftenden Funktion abgekoppelt werden. Wir begreifen kulturelle Freiheit auch als Antwort auf die zunehmend dominante Logik und Inszenierungsformen elektronischer Massenmedien und ihrem Hang zum Spektakel und zur Stereotypisierung, zur Vereinheitlichung und Vereinfachung gesellschaftlicher und politischer Diskurse.

Weiter Kulturbegriff

Unser Kulturbegriff beschränkt sich nicht nur auf die Künste und ihre Förderung. Für Sozialdemokraten hat Kultur als Werte- und Zielverständigung zentrale Bedeutung, wobei dieses System von Begriffen, Werten, Vorstellungen und Formen beständigem Wandel unterliegt, besonders angesichts beschleunigter gesellschaftlicher Umbrüche.

Kultur und Kunst sind die geistigen Lebensgrundlagen des Menschen, sie sind Lebensmittel. Sie prägen das Individuum und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kunst und Kultur übernehmen die für unsere Gesellschaft wichtige Aufgabe, uns den Spiegel vorzuhalten, Lebensstile zu reflektieren, Identitätsangebote zu formulieren und Orientierungen bereitzustellen, die in der globaler werdenden Welt eine Verortung in Raum, Form und Zeit ermöglichen. Kultur als schönste Form der Freiheit ist Teil von Emanzipation und Persönlichkeitsentwicklung, ermöglicht gesellschaftliche Partizipation und ist die – nicht nur verstandesgemäße, auch symbolische, glaubende und emotionale – Suche nach Vergewisserung und Verständigung.

Kunst ist, wie Wissenschaft und Bildung Teil der Kultur, aber gerade derjenige Teil, der ein besonderes Maß an Individualität und Vielfalt ermöglicht und deshalb zugleich in besonderem Maße autonom ist und staatliche Zurückhaltung verlangt. In den Künsten werden gesellschaftliche Entwicklungen immer wieder vorweggenommen, Konventionen des Sehens und des Hörens aufgebrochen, neue Verbindungen zur Technik, zur Wissenschaft, zur Architektur geknüpft, auch Verstörendes und Provokatives hat einen legitimen Ort in der modernen Kunst. Diese ist nicht Flucht in Idylle und Harmonie, sondern versteht sich als Herausforderung der Sinne, des Denkens und des Handelns, auch des politischen, auch jenseits von Nützlichkeit und Anwendung. Kunst besteht auf der Einheit von Körper, Sinnen, Geist und Emotionen und - ganz bewusst - auch auf der Einbeziehung von Extremen, Unsinnigem, Fehlern, Eigensinn, dem Spiel von Versuch und Irrtum. In den Künsten versammeln sich Kreativität, die Lust, Neues zu denken und zu schaffen, das sich vom Althergebrachten abhebt, Potentiale, „neben der Spur zu laufen“ und die Perspektiven zu wechseln.

Die Förderung der Freiheit der Kultur und der Künste sollte aber nicht mit einem diffusen Verständnis verwechselt werden, das alles als gleichermaßen förderungswürdig ansieht. Kulturelle Selbstreflexion und Kritik bleiben wichtig und es bedarf eines Mindestmaßes an Wertentscheidungen, um eine Verständigung über das zu Fördernde herbeizuführen. Freiheit der Produktion und Freiheit der Rezeption von Kultur ist das eine. Freiheit braucht Grundsicherheiten, einen Sockel an Werten und Gewissheiten, das ist das andere. Das Sperrige, Kreative und Visionäre von Kunst und Kultur ist heute geradezu lebenswichtig, um eine krisenhafte Zukunft zu meistern, in der immer mehr politische und gesellschaftliche Konflikte kulturelle Dimensionen besitzen.

Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Kultur ist die Bindekraft von Gesellschaft, zivilisatorische Basis und Grundlage für die Verständigung. Kultur schafft Zugehörigkeit und Beheimatung, sie repräsentiert Normen und Werte. Ohne die Auseinandersetzung mit unseren geistigen Wurzeln, sei es jüdisch-christliche Tradition, Humanismus und Aufklärung, wird Offenheit für neue kulturelle Einflüsse und eine neue friedliche, dialogische Vielfalt kaum möglich sein. Kulturpolitik, die nur über Wie-Fragen spricht, wird in die Defensive geraten, die Wozu-Fragen nach den orientierenden Inhalten und Werten müssen dazukommen. Nur ein gleichzeitig wertefundiertes wie tolerantes Kulturverständnis kann sich gegen einen eindimensionalen oder funktionalisierten Kulturbegriff behaupten, der Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung missbraucht. Humanistische Grundwerte sind hierbei in allen großen Religionen und metaphysischen Sinngebungen möglich und die Voraussetzung dafür, dass interkultureller Dialog und kulturelle Integration gelingen kann.

3. Kultur als öffentliches Gut

Alternativen – politische Verantwortung

Auch auf dem Feld der Kulturpolitik spiegelt sich die grundsätzliche programmatische Auseinandersetzung über die Zukunft unseres Gemeinwesens wider. Den Verteidigern sozialstaatlich gewachsener Strukturen stehen diejenigen gegenüber, die Ungleichheit zum Programm erheben und eine Abkehr vom Sozialstaat hin zu einer „Kultur der Freiheit“ fordern, die die gewachsene Kulturförderung als nicht mehr zeitgemäß und als nicht mehr finanzierbar darstellen, die eine Engführung von Kulturpolitik auf eine Aufgabenstellung betreiben, die der allseitigen Konkurrenz untergeordnet ist, die Kultur als wachstumsorientierte Identitätspolitik akzeptieren, die Kultur in ein Legitimationskonzept von Ungleichheit einbauen. Gegenüber der Reduktion von Kulturpolitik auf Event- und Leuchtturmförderung, auf die Förderung von Kultur als vor allem wirtschaftlichem Standortfaktor oder auf Imagepflege, gegenüber den Rezepten eines abgemagerten Kulturstaates der Deregulierung und Privatisierung verbleiben kulturkritische Klage und die konservative Verteidigung aller überkommenen Strukturen in unproduktiver Defensive.

Dieser falschen Alternative setzten Sozialdemokraten ein modernes kulturpolitisches Leitbild entgegen:

- Erstens dürfen wir die bestehende öffentliche Verantwortung nicht aufgeben und Kunst und Kultur nicht als bloße kommerzielle Dienstleistung organisieren. Unter den grundsätzlich gewandelten Bedingungen beschleunigter Globalisierung, also der Integration der Märkte sowohl des Kapitals, als auch der Wirtschaftsgüter und Informationen ist diese Gefahr heute mehr denn je gegeben. Ein sozial und kulturell ruinöser Standortwettbewerb bringt nicht nur innergesellschaftlich, sondern gleichzeitig auch extern hohe Kosten und gefährliche Konflikte mit sich.
- Zweitens kommen wir nicht darum herum, Strukturen und Institutionen der Kulturgesellschaft zu überprüfen und weiter zu entwickeln – als Teil der sozialen, kulturellen und ökonomischen Fragen, wie wir „globalisierungsfähige“ Lösungen finden können, ohne die sozialen und kulturellen Standards, ohne die öffentlichen Institutionen auf das Niveau der geringsten Kosten abzusenken.

Öffentliches Gut

Der Begriff *öffentliche Güter* ist eine konzeptionelle Grundlage sozialdemokratischer Kulturpolitik. Die meisten Probleme, die sich unter den Bedingungen offener Märkte zwischen globaler Ökonomie und lokalen, historisch gewachsenen, sozialen und kulturellen Lebensräumen und -formen zuspitzen, kulminieren in der Frage nach öffentlichen Gütern. Dazu gehören auch die gewachsene institutionelle Kulturlandschaft und die Kunstförderung, wie auch Bildung und Wissenschaft. Mit der globalen Konkurrenz der jeweiligen Kostenvorteile gegeneinander (bei Löhnen, Steuern, Sozialabgaben oder Arbeitsrechten), stehen die politisch oder tarifrechtlich garantierten sozialen oder kulturellen Standards, Normen und Verteilungsrelationen - also öffentliche oder kollektive Güter - vor der Gefahr einer Abwärtsspirale ihres Niveaus nach unten, mindestens aber einer Nivellierung.

Kulturförderung ist Investition und nicht Subvention. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer erfolgreichen modernen Wirtschaft hängen künftig immer mehr von der Höhe öffentlicher Investitionen in den Zusammenhalt der Gesellschaft ab: von ihren kulturellen Kompetenzen, von Offenheit, Reflexionsvermögen und Flexibilität, von lebenslanger Lernfähigkeit sowie von Investitionen in Familie und Kinder, in deren Bildung und kulturelles Niveau besser fördernde Strukturen. Wenn dies, Investitionen in öffentliche Güter, als ökonomisch sinnvolle Strategie akzeptiert ist, sollte sich nicht die Frage stellen, ob der Staat sich diese Investitionen ökonomisch leisten kann: Wenn er sie sich nicht

leistet, wird ihm künftig mehr als das fehlen, was er heute spart. Wer in Sicherheit investiert, muss auch in jene Bereiche investieren, denen Schutz gebührt.

Zudem geht es um die Zukunft der Demokratie. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden, denn nur dies schafft den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist, und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft. Der Reichtum kultureller Güter macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Privatisierung und Kommerzialisierung können auch dazu beitragen, öffentliche Räume und damit urbane Qualität zu gefährden. Öffentliche Museen, Theater, Volkshochschulen, Stadtbibliotheken usw. sind Güter, an denen alle Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist immer noch bereit, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, um Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten.

Staatsziel und Pflichtaufgabe

Es besteht kein Zweifel, dass Deutschland ein föderaler Kulturstaat ist. Dennoch wird die Kultur vor Ort zu wenig anerkannt. Die SPD setzt sich dafür ein, Artikel 20 GG um die Staatszielbestimmung Kultur zu ergänzen, und damit die Kultur dem Sozialstaatsprinzip und dem Staatsziel des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen gleichzusetzen. Kultur ist über die natürlichen Lebensressourcen hinaus ein menschliches Grundbedürfnis. Kultur als das sinnstiftende Gut macht den Menschen erst zu dem, was er ist. Die geistig-ideelle Dimension als eine Lebensgrundlage des Menschen wird in der deutschen Verfassung als Staatsziel bisher nicht erwähnt. Ein Staatsziel Kultur würde die Verantwortung des Staates unterstreichen, das kulturelle Erbe zu bewahren, zu schützen und Kunst und Kultur zu fördern. Das Staatsziel Kultur rechtfertigt sich aus sich selbst heraus, beruht nicht auf Anspruchsdenken oder einer definierten Notwendigkeit. Damit würde verdeutlicht, dass Kultur zu den vorrangigen Politikfeldern gehört. Wer im bornierten Sinne Kosten-Nutzen-Rechnungen anstellt, verkennt den Sinn und das Ziel von Kultur und Kunst. Eine solche Staatszielbestimmung wäre ein positives Signal für die Kultur selbst und entfaltet Wirkungskraft im Zusammenspiel zwischen der europäischen Ebene, dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Es wäre damit verfassungsrechtlich verankert, dass Kultur zu den Pflichtaufgaben staatlichen, politischen Handelns gehört!

4. Zwei Hauptprojekte sozialdemokratischer Kulturpolitik

4.1. Teilhabegerechtigkeit

Soziale Spaltungen der Gesellschaft äußern sich auch kulturell. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebots durch die „neue“ Kulturpolitik, trotz erhöhter Kaufkraft, trotz ausgedehnter Freiheit und trotz höherer formaler Bildung nahm die kulturelle Partizipation in den letzten Jahrzehnten kaum zu. Die Wahlmöglichkeiten der potentiellen Kulturnutzer sind stärker gestiegen, die kulturnahen Milieus nehmen die Angebote öfter wahr, die Zahl der Besucher von Kulturveranstaltungen aber stagniert. Wer früher nicht ins Theater, in die Oper, in Ausstellungen ging, tut das jetzt auch nicht. Die soziale Selektivität von Kultur hat sich eben nicht verringert, eher hat sich die kulturelle Spaltung zwischen Nutzung und Nichtnutzung kultureller Einrichtungen vertieft und verstetigt. Die Rede von der Wissens-, Bildungs- und Kulturgesellschaft ist nicht falsch, trifft aber eben nur höchstens auf eine Hälfte der Bevölkerung zu.

Diese kulturelle Exklusion verfestigt sich zu sozialer Exklusion. Der Gegenbegriff der Teilhabe verweist darauf, dass Sozialtransfers allein die Situation nicht verbessern werden, es vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur ankommt. Kulturelle Bildung, musische Erziehung werden zu einer notwendigen, nicht mehr zu vernachlässigenden Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik, der es um Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit geht. Kultur ist ein wichtiger Bestandteil des Vorsorgenden Sozialstaates, der die soziale

Integration aller Menschen in die Gesellschaft als eine übergeordnete Aufgabe vieler Politikfelder ansieht. Kultur und kulturelle Bildung tragen dazu bei, Chancen für ein selbst bestimmtes Leben zu schaffen, gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg zu ermöglichen und durch Solidarität Sicherheit zu gewährleisten.

4.2. Kultur der Anerkennung

Jeder fünfte in Deutschland lebende Mensch, also rund 16 Millionen Bürgerinnen und Bürger, hat eine eigene Migrationsgeschichte. Aufgrund der weltweit steigenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Mobilität wird weiterhin Einwanderung stattfinden. Dies ist grundsätzlich ein positiver Prozess, denn Zuwanderer bringen immer auch Wissen und Ideen mit, tragen zum ökonomischen Mehrwert und zur Verbesserung der Demographie bei, erleichtern die Einübung des kulturellen Dialogs.

Die Gesellschaft Deutschlands setzt sich aus Menschen verschiedener Herkunftsländer zusammen, deren unterschiedliche Lebenswelten, Wertvorstellungen, Traditionen, Bräuche und Sitten unsere Gesellschaft mitprägen. Eine wechselseitige Anerkennung dieser kulturellen Unterschiede und Vielfalt sowie die Würdigung des kulturellen Beitrags von Migrantinnen und Migranten sind Voraussetzungen eines funktionierenden Zusammenlebens. Der Austausch zwischen den Kulturen bereichert das Leben. Das Bewusstsein um die eigene kulturelle Identität, die gegenseitige Neugier auf andere kulturelle Prägungen und der Respekt ihnen gegenüber sind Grundbedingungen des friedlichen Zusammenlebens in einer globalen Gesellschaft.

Was Kultur und Integration verbindet

Kultur und Integration müssen im Zusammenhang gesehen werden. Beides beeinflusst sich gegenseitig, die kulturellen Dimensionen von Migration und deren Konsequenzen dürfen nicht vernachlässigt werden. Unterschiedliche Lebenswelten, Wertvorstellungen, kulturelle Traditionen, Lebensweisen und die wechselseitige Anerkennung dieser Unterschiede prägen das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft. Kultur ist ohnehin nur plural, als Mischung aus Mischungen zu verstehen. Durch die Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft beeinflussen sich Kulturen gegenseitig und verändern sich. Nicht nur durch die Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch die eigenständige Entwicklung junger Menschen mit Migrationshintergrund entwickeln sich neue transkulturelle Identitäten. Neue künstlerische Formen und Themen, die sich nicht mehr nur einer nationalen Herkunft zuordnen lassen, treten zutage. Kultur ist vor diesem Hintergrund nicht nur soziale Dienstleistung für eine bessere Integration, sondern vor allem identitätsstiftendes Gut, denn lebendige und lebbar kulturelle Identitäten sind eine zentrale Voraussetzung für Integration.

Kulturelle bzw. interkulturelle Bildung stellt eine grundlegende Voraussetzung für Integration dar, ohne das Kennenlernen anderer kultureller Ausdrucksweisen und den Respekt vor anderen Kulturen kann aus dem Fremden nicht das vertraute Andere werden. Das gegenseitige Verständnis der kulturellen Unterschiede ist zu fördern, und zwar auf allen Seiten. Die Anerkennung kultureller Differenzen spiegelt sich auch in der Teilhabe an den Funktionssystemen der Gesellschaft (z. B. Bildung, Politik, Arbeit und eben auch Kultur) und der öffentlichen Auseinandersetzung über ihre Werte und Identitäten wieder. Jede Integrationspolitik muss daher die kulturellen Aspekte der Zuwanderung stärker einbeziehen. Der Bereich Interkultur/Migrantenkultur muss in Gebieten wie Künstlerförderung, Auswärtige Kulturpolitik, Bildung, Erziehung und Medienpolitik stärker berücksichtigt werden.

Für eine humane Kultur der Anerkennung statt „deutsche Leitkultur“

Um des inneren und äußeren Friedens willen müssen Sozialdemokraten den Austausch, den Dialog der Kulturen befürworten als ein wichtiges Moment sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung in unserem Land wie auch als eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung.

Wir brauchen für das Einwanderungsland Deutschland eine Kultur der Anerkennung und des Respekts über kulturelle Unterschiede hinweg, die die Differenzen der Lebensform, der Wertungen, Religionen und Weltanschauungen als Bereicherung aufnimmt und nicht durch Assimilation von oben unterdrückt. Eine Kultur der Anerkennung zielt darauf, die Würde eines jeden Menschen umfassend anzuerkennen, was gerade auch seine kulturellen Prägungen einschließt.

Eine Kultur der Anerkennung ist aber mehr als eine Integrationsanstrengung, sie nimmt zugleich den kulturellen Beitrag eines jeden Einzelnen für unsere Gesellschaft ernst und bietet einem Jeden die Chance dazu, seinen kulturellen Beitrag zu leisten.

Eine Kultur der Anerkennung wirkt der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegen wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten und der Verschärfung kultureller Differenzen zu ideologisierten Konflikten. In einer Politik der Anerkennung verbinden sich drei Handlungsstrategien:

- die Anerkennung unterschiedlicher kultureller Identitäten,
- die Anerkennung des verpflichtenden Rahmens der rechtsstaatlichen Demokratie und der universellen Grundrechte durch alle kulturellen Kollektive, also die Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur,
- die gleichberechtigte Teilnahme aller an den sozialen und ökonomischen Ressourcen und Chancen der Gesellschaft.

Es geht in der modernen humanen Gesellschaft auch um die Aufgabe, Gemeinsamkeiten zu stärken, die über die Anerkennung der Verfassung und des Rechts hinausgehen, was gemeinsame Sprache, manche alltägliche Umgangsform, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Kirche, den Respekt vor dem Individuum und seiner Autonomie einschließt.

Wir lehnen das missverständliche Konzept einer „deutschen Leitkultur“ ab, weil in dem Begriff immer schon die Dominanz deutscher Lebensformen oder einer bestimmten weltanschaulich-religiösen Orientierung mitschwingt. Eine offene demokratische Gesellschaft aber verbietet die Festschreibung des Weltanschaulich-Religiösen (der „Kampf der Kulturen“ wäre nicht fern) wie auch die Festlegung in der praktischen Lebensführung. Nicht die Vorstellung von kultureller Homogenität oder Unterordnungsverhältnissen ist angemessen, wohl aber die immer neue Anstrengung der Vergewisserung über die kulturellen, ideellen und moralischen Gemeinsamkeiten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Deshalb brauchen wir auf der Ebene der politischen Kultur der Demokratie ein eindeutiges Bekenntnis zu den personellen Rechten und zur rechtsstaatlichen Demokratie, zur Übereinstimmung in Fragen der sozialen und politischen Grundwerte des Zusammenlebens und zum Schutz der Individuen und Minderheiten, sowie eine Orientierung auf eine bürgerschaftlichen Haltung, auf das Ideal der republikanischen Staatsbürgerrolle.

Eine Kultur der Anerkennung bedeutet die Koexistenz der Lebensformen, die gesicherte Chance, seine kulturelle Prägung zu leben und seine Kinder darin aufwachsen zu lassen. Aber auch, sich mit der eigenen Kultur kritisch auseinanderzusetzen, sie traditionell fortzuleben oder sie an veränderte Lebensbedingungen anzupassen, sich von ihren Normen desinteressiert abzuwenden oder bewusst loszusagen. Anerkennung vollzieht sich auf zwei Ebenen: Zum einen muss die Würde jedes Menschen universell anerkannt werden (was kulturellen Relativismus der Menschenrechte von vornherein ausschließt), zum anderen soll jeder Mensch auch in seinen kulturellen Identitäten anerkannt werden.

5. Die wichtigsten Felder sozialdemokratischer Kulturpolitik

5.1. Kulturelle Bildung

Herausragende Bedeutung

Eine richtig verstandene ganzheitliche Bildung ist nicht nur auf theoretisches Wissen und beruflich unmittelbar verwertbare Inhalte, sondern auch auf ästhetische Erfahrung und Kompetenz sowie auf ethische Reflexion und Wertevermittlung auszurichten. Kulturelle Bildung war und ist ein Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Sie befähigt den Einzelnen, Kunst und Kultur kennen zu lernen, zu verstehen, zugleich eigenschöpferisch zu gestalten und ermöglicht damit die Teilnahme am kulturellen Leben.

Die Sinne müssen sich entwickeln, sie brauchen Unterstützung, Förderung, Bildung, damit Kinder mit offenen Augen und Ohren, mit Neugierde, Forschergeist und Phantasie die Welt erobern können – oder anders: dass sie die Lust am Lernen lernen. Hirnforscher und Entwicklungspsychologen haben längst den Nachweis geführt, wie stark die Entwicklung des menschlichen Gehirns durch nutzungsbedingte Bahnungs- und Steuerungsprozesse bestimmt wird, welchen nachhaltigen Einfluss frühe musische Bildungserfahrungen darauf haben, wie und wofür ein Kleinkind sein Gehirn benutzt.

Kulturelle Bildung hat im Rahmen der frühkindlichen Bildung buchstäblich mit dem Tag der Geburt zu beginnen, die Bemühungen um kulturelle Bildung müssen bereits im Elternhaus ansetzen, in der Erziehungshilfe für Familien insbesondere in prekären Verhältnissen und nicht zuletzt in den Kindergärten. Um einer qualifizierten frühkindlichen Bildung in Kindergärten und Kitas gerecht zu werden, brauchen wir als Leiterinnen und Betreuer eine erhöhte Qualifizierung der Aus- und Fortbildung.

Kultur vermittelt sich nicht aus sich selbst. Kultur muss gelernt werden. Es geht nicht nur darum, junge Menschen als konsumierendes Kulturpublikum zu gewinnen, sondern darum, die Bedeutung der kulturellen Bildung für den Einzelnen und die Gesellschaft zu erkennen. Durch kulturelle Bildung werden Fähigkeiten und Fertigkeiten erworben, die nicht nur positiv auf die Persönlichkeitsbildung wirken, sondern auch Voraussetzungen für gesellschaftliche Partizipation, emotionale Stabilität und Selbstfindung sind. Kulturelle Bildung vermittelt Bewertungs- und Beurteilungskriterien, die für die Bewältigung des eigenen Lebens unverzichtbar sind. Kulturelle Bildung muss ein wesentlicher Bestandteil auch der Wissensgesellschaft sein. Sie entwickelt soziale Handlungskompetenzen und befähigt, den gesellschaftlichen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Kulturelle Bildung schließt lebenslanges Lernen ein und muss deshalb über die Phase der Kindheit und Jugend hinaus bis zum Erwachsensein stattfinden und organisiert werden. Bibliotheken leisten als Orte des Lesens und des freien Zugangs zu Wissen und Information im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Migranten einen unverzichtbaren Beitrag. Bibliotheken und Museen als Lernorte sollten zu einem festen Bestandteil der Bildungskonzepte von Kommunen und Ländern werden. Kulturelle Bildung ist ein Projekt der sozialen und interkulturellen Integration – gerade in den großen Städten. Sie fördert Toleranz, Vielfalt und Integration. Sie kann die soziale Teilhabe auch und gerade sozial Schwächerer ausbauen und fördert damit sozialen Zusammenhalt. An vielen Schulen und in zahllosen kleinen Initiativen bis hin zu beispielhaften Projekten, wie „Rhythm is it“ von Dirigent Sir Simon Rattle, zeigt sich, wie durch Kultur Begeisterung, Engagement und Leistungsbereitschaft angeregt werden können.

Kulturelle Bildung und Bildungsinstitutionen

Zur Förderung kultureller Bildung über vereinzelte Projekte hinaus wollen wir Partnerschaften zwischen Kultureinrichtungen und Schulen bzw. Kindertagesstätten.

Die vielfältige Landschaft kultureller Einrichtungen kann angeregt werden, sich an den Schulen und Kindertagesstätten zu engagieren. Gerade in großen Städten muss die Politik diese Patenschaften organisatorisch flankieren, damit gerade Bildungseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf kulturelle Bildungsangebote formulieren können. In ländlichen Regionen kann die kulturelle Bildung an vielfältigen kulturellen Anstrengungen der Länder anknüpfen, Kunst und Kultur auf dem Lande zu fördern – denken wir an diverse „Kultursommer“, an die vielen Kulturfestivals oder an die vielfältige Kultur lokaler und regionaler Feste.

Der Ausbau der Schulen zu „echten“ Ganztagschulen ist eine besondere Chance für die kulturelle Bildung, der in diesem Rahmen hoher Stellenwert zukommt. Pädagogisch ausgereifte Ganztagschulen mit ausgeweiteter kultureller Bildung sind eine entscheidende Antwort auf die Herausforderungen unseres Bildungssystems durch so genannte „bildungsferne Schichten“. Es geht um eine bessere Verzahnung von Vor- und Nachmittagsunterricht, um die stärkere Vernetzung der Schulen mit Kultureinrichtungen und örtlichen Bildungsträgern, sowie um den systematischen Einbezug von Künstlern und Kulturschaffenden als Vermittler, auch um Neugierde zu wecken, gegebenenfalls Talente zu entdecken und die Bekanntschaft mit Instrumenten zu machen. Es geht darum, kognitive, musisch-kulturelle, sportive Fächer über den Tag zu verteilen, als Nachbarschaftsschulen, in denen gerade kulturelle Institutionen und die Vereine entsprechende Angebote unterbreiten.

5.2. Kulturelles Erbe

Im Zeitalter der Globalisierung und des raschen gesellschaftlichen Wandels, von Beschleunigung, Endtraditionalisierung und Dominanz der Medien, ist der Schutz und die Pflege unserer kulturellen Wurzeln mehr denn je unverzichtbar - auf deren Grundlage beruhen unsere kulturellen Identitäten, die auch künftige Generationen prägen. Die kulturpolitische Aufgabe des Erhalts des materiellen und immateriellen kulturellen Erbes wird immer wichtiger. Wer nicht weiß, woher er kommt, kann auch nicht wissen, wohin er will. Es ist keineswegs mehr selbstverständlich, dass unser über Generationen überliefertes Wissen, unsere Sprache, Dialekte und Regionalsprachen oder die Vielfalt traditioneller Musik, unsere Oper, unsere Form des Theaters, das Bild unserer Städte, unsere Baukultur gesichert sind.

Durch die Pflege unseres gemeinsamen kulturellen Erbes dokumentieren wir auch eine Wertschätzung für das Kulturerbe anderer, leisten damit einen positiven Beitrag zu unserer kulturellen Vielfalt. Kulturelles Erbe muss vermittelt werden, erlebbar bleiben - nur so kann es erhalten werden - deshalb gilt es, gerade für Jugendliche verstärkt Angebote zu schaffen.

Schutz und Erhalt des kulturellen Erbes in seiner Vielfalt

Die Bewahrung des kulturellen Erbes heißt insbesondere auch Schutz und Förderung von kultureller Vielfalt, wozu die ganze regionale Vielfalt an Sprachen, Traditionen, Brauchtum usw. gehören, die unsere kulturellen Identitäten prägen und die kulturellen Werte unserer heutigen Gesellschaft an nachfolgende Generationen vermitteln.

Gerade Welterbestätten sind das Kultur- und Naturerbe der gesamten Menschheit und damit als Teil des Menschheitsgedächtnisses von außergewöhnlicher Bedeutung und universellem Wert. Sozialdemokraten sind sich dieser Verantwortung bewusst, wehren sich gegen jede politische Entscheidung, die fahrlässig oder willkürlich den Welterbestatus aufs Spiel setzt.

Sozialdemokraten verpflichten sich zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen - nicht nur, dass Deutschland dadurch seine eigenen Kulturgüter schützen kann, es kommt damit auch seiner Verantwortung im internationalen Maßstab nach, sich für den Erhalt von Kulturgütern und Kulturerbe einzusetzen.

Es ist unsere kulturelle Verantwortung, insbesondere denkmalgeschützte Gebäude zu schützen und zu erhalten. Kulturdenkmäler sind wichtig für eine kulturelle Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensumfeld.

In diesen Zusammenhang gehört auch unser Verständnis von Baukultur, die mehr ist als kulturvolles Bauen, sondern aktive Auseinandersetzung mit gestalteter Umwelt, mit deren Geschichte und deren gestalterischen Zukunft. Baukultur ist ein nachhaltiger Prozess, der von Traditionen bestimmt und von sozialer, ökonomischer, ökologischer und nicht zuletzt ästhetischer Verantwortung geprägt ist.

Bibliotheken, Mediatheken und Museen

Bibliotheken, Mediatheken und Museen sind, besonders kommunal, als Erinnerungs- und Gedächtnisorte ein wesentlicher Teil unserer Kulturgeschichte. Sie leisten wertvolle Archivierungsarbeit und bewahren kulturelles Erbe und sind als Orte des freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen unersetzliche Bildungseinrichtungen. In Bibliotheken und Mediatheken werden Lesefreude und Lesebegeisterung geweckt und entwickelt sowie Medienkompetenz gestärkt. Durch ihre Computerisierung eröffnen Bibliotheken und Mediatheken zunehmend nicht mehr nur durch das Buch, sondern auch über die neuen Medien Teilhabe am Wissen. Sie können besonders für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene sowie Migranten in der Informationsflut Orientierung bieten. Sie ermöglichen den freien und kostengünstigen Zugang zu Büchern, Zeitschriften, elektronischen Medien und digitalen Ressourcen und können so der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegen wirken. Diesen Zugang gilt es zu erhalten.

Bei urheberrechtlichen Zielkonflikten bei der Digitalisierung von Medieneinheiten, insbesondere bei wissenschaftlichen Bibliotheken, sind gerechte Ausgleichs zu finden. Aufgabe der Bibliotheken und Mediatheken ist die gedruckte oder elektronische Bereitstellung von Medien, wobei die Rechteinhaber, d.h. die Urheber und Verlage für die Nutzung dieser Werke Anspruch auf eine angemessene Vergütung haben.

Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Das „UNESCO-Übereinkommen vom 20. Oktober 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ stellt einen wichtigen Völkerrechtsvertrag zur Internationalen Kulturpolitik dar, weil dort die „Doppelnatur“ von Kulturgütern und –dienstleistungen anerkannt wurde, d.h. nicht nur „Handelsware“ zu sein, sondern auch Gegenstand einer eigenständigen nationalen Kulturpolitik mit allen dazu erforderlichen Steuerungsinstrumenten (beispielsweise die staatliche Förderung von Kultureinrichtungen, die Filmförderung oder das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks). Enthalten ist auch die Anerkennung der in den Menschenrechtserklärungen enthaltenen Bestimmungen zur kulturellen Selbstbestimmung des Einzelnen und sozialer Gruppen.

Mit der Schaffung dieses internationalen Instruments ist es möglich, kulturpolitische Ziele mit internationalen Handelsabkommen in Einklang zu bringen. Die Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksweisen können nur dann wirksam geschützt werden, wenn es eine öffentliche Verantwortung dafür gibt. Das die kulturelle Vielfalt als ein hohes Gut zu betrachten ist, wird im europäischen Integrationsprozess deutlich, der durch Einheit in der Vielfalt gekennzeichnet ist.

Da Kultur und Medien keine Wirtschaftsgüter im herkömmlichen Sinne, eben mehr als bloße Waren sind, setzen wir uns dafür ein, dass sie nicht als Dienstleistungen im Sinne des Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen des Welthandelsabkommens GATT (General agreement on Tarifs and Trade) betrachtet werden dürfen und die Förderung der Kultur nicht mit Wirtschaftsförderung gleichgesetzt werden darf. Kultur hat einen Eigenwert und muss deswegen aus Wirtschaftsabkommen ausgenommen werden.

5.3. Erinnerungskultur

Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen muss und die demokratischen Werte vermitteln hilft, indem Unterschiede zwischen Ursachen und Wirkungen, zwischen Tätern und Opfern nicht verwischt werden. Die SPD, die sich in ihrer Geschichte stets für Demokratie und Freiheit eingesetzt hat, steht dafür, nationalsozialistisches Unrecht nicht zu relativieren und kommunistisches Unrecht nicht zu bagatellisieren.

Wir wollen die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und die SED-Diktatur aufrecht halten, mit dem Gedenken an deren Opfer ebenso wie an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen das demokratische Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie stärken. Erinnerungskultur sollte darüber hinaus nicht nur der Opfer und der Täter erinnern, sondern auch eine Aufarbeitung des Alltags von Diktaturen leisten.

Notwendig ist eine moralisch fundierte und historisch genaue Erinnerungs- und Gedenkpolitik.

Tendenzen von Pauschalisierung und Gleichsetzung gilt es deutlich entgegen zu treten, nicht zuletzt angesichts einer zunehmenden Gleichgültigkeit aber auch Unwissenheit gegenüber den beiden deutschen Diktaturen und ihren Opfern. Dabei bringt die Osterweiterung der Europäischen Union neben neuen Notwendigkeiten des Dialogs auch Chancen mit sich. Denn beide deutsche Diktaturen stehen nicht nur in einem historischen, sondern gleichzeitig in einem europäischen Zusammenhang, den es gemeinsam aufzuarbeiten gilt. Deutschland sollte angesichts seiner historischen Schuld in diesem Prozess eine besonders verantwortungsvolle Rolle übernehmen.

Einzigartigkeit des NS-Gedenkens

Der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann hat einmal zum Umgang mit dem schwierigen historischen Erbe des Nationalsozialismus gesagt, die einzige Chance, dass die anderen Völker vergessen, was die Deutschen ihnen angetan haben, ist, dass wir es nicht vergessen. Die Singularität des nationalsozialistischen Völkermordens an Juden, an Sinti und Roma und anderen Minderheiten, der Aufteilung der damaligen Gesellschaft in „Volksgenossen“ und „Gemeinschaftsfremde“ folgend, darf auch heute nicht vernachlässigt werden. Zweifellos trifft die Nachgeborenen keine persönliche Schuld, dafür aber erwächst die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass eine solche gravierende Verletzung der Menschenrechte nie wieder geschieht.

In diesem Sinne müssen wir dafür Sorge tragen, wie die Nachgeborenen mit der Schuld ihrer Vorfahren umgehen werden. Wir müssen unseren Kindern diese Zusammenhänge immer wieder erklären. Gerade wenn die letzten Überlebenden des Holocausts ihre schrecklichen Erinnerungen an Auschwitz und andere Konzentrationslager nicht mehr selbst weitergeben können, muss das Wissen sicher in die Hände der Jugend übergeben worden sein. Aus der Geschichte folgt Verantwortung. Sie beginnt mit der Erziehung in den Schulen und mit der Einrichtung und Pflege der Gedenkstätten.

Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und mit dem sie beherrschenden SED-Regime hat sich seit 1989/1990 in unterschiedlicher Weise entwickelt. Auf der einen Seite hat die historisch-politische Aufarbeitung einen im internationalen Vergleich hohen Standard erreicht. Andererseits sind jedoch deutliche Defizite festzustellen: eine medial vermittelte Trivialisierung der DDR hat zugenommen, oft wurden zu ausschließlich Staatsicherheitssystem und Unterdrückungsapparat betrachtet, geschichtsrevisionistische Versuche durch ehemalige Kader, die Diktatur zu leugnen, kamen hinzu. Eine weitere eingehende Auseinandersetzung unter besonderer Berücksichtigung der Komplexität des Diktaturcharakters der DDR, auch unter Einbezug der unterschiedlichen Alltagserfahrungen, ist deshalb dringend geboten.

Demokratische Kultur des Gedenkens

Die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes des Bundes muss sowohl die Gedenkstätten des Nationalsozialismus wie die der SED-Diktatur angemessen berücksichtigen. Auch für Sozialdemokraten ist die Erinnerung an „Flucht und Vertreibung“ wichtig. So richtig es ist, auch die Opfer des deutschen Volks und anderer europäischer Völker im Zusammenhang mit den schmerzvollen Ereignissen des 20. Jahrhunderts zu benennen, so falsch wäre es, diese Tatsache aus dem Erklärungszusammenhang der Ursachen des Nationalsozialismus herauszulösen. Ohne den verheerenden Angriff der Nationalsozialisten in ganz Europa hätte es der Reaktionen der Alliierten nicht bedurft.

Eine Relativierung des Holocausts und seiner singulären Rolle in der Geschichte kann und darf sich Politik gerade in Zeiten einer Großen Koalition nicht leisten. Den Neonazis, den leider wieder häufiger auftretenden NPDlern, ihren Kampfgruppen und „freien Kameradschaften“, darf solche Schützen- und Argumentationshilfe nicht geleistet werden.

Die Bürgergesellschaft in Deutschland hat sich der Untaten des Dritten Reiches gestellt. Eine vielfältige Gedenkstättenarbeit ist in den Regionen und Ländern fest verankert. Zudem sorgte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nach 1998 endlich für einen angemessenen Umgang mit den NS-Verbrechen – von der Entschädigung von Zwangsarbeitern, über geschichtspolitische Aktionen und Initiativen „gegen rechts“ bis hin zum Bau des Jüdischen Museums und des Holocaust-Mahnmals in Berlin.

Unsere Gesellschaft hat die ihr nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gewährte Chance wahrgenommen, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, in der die Menschenrechte gewahrt und ein friedliches Miteinander der Generationen und Kulturen gelebt werden kann. Auch künftig müssen wir diese Leistungen der Bundesrepublik Deutschland aus den vorangegangenen bald 60 Jahren an die nachwachsenden Generationen weitergeben und dafür sorgen, dass diese Erfolgsgeschichte nicht von Rechtsextremisten torpediert wird. Auch gilt es vor Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus aus der Mitte unserer Gesellschaft wachsam zu sein.

5.4. Kulturförderung und soziale Verantwortung

Kulturförderung

Obwohl an der Spitze auf dem internationalen Kunstmarkt derzeit soviel Geld umgesetzt wird wie noch nie, sind gleichzeitig die öffentlichen Kulturausgaben in den letzten Jahren oft zurückgegangen. Dies betrifft die meisten Länder und Gemeinden, traf bis vor kurzem auch für die Auswärtige Kulturpolitik des Bundes zu. Kulturförderung ist in der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie Sache der Länder und Gemeinden, während der Bund nur rund zwölf Prozent der öffentlichen Kulturausgaben trägt.

Diesen Abwärtstrend wollen wir auf allen Ebenen umkehren. Wenn auch an weiteren strukturellen Änderungen von Institutionen und Förderungen - nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung – kein Weg vorbeiführen wird, so dürfen Einsparungen und Schrumpfungsprozesse doch nicht überproportional zu Lasten der Kultur gehen. Dass der Förderung von Kunst und Kultur eine besondere Priorität zukommt, ist ein Lernprozess, für den wir auch bei unseren eigenen sozialdemokratischen Funktionsträgern und Amtsinhabern werben müssen.

Die kulturelle Vielfalt Deutschlands ist einzigartig. Wohl kaum ein anderes Land in der Welt kann eine so große Zahl an Theatern, Opern, Museen, Bibliotheken, Orchestern oder Kulturzentren vorweisen. Diesen Reichtum gilt es zu erhalten. Im Zusammenspiel mit Ländern und Gemeinden trägt daran auch der Bund einen entscheidenden Anteil. Für uns ist beides wichtig: die in der föderalen Ordnung zum Ausdruck kommende Anerkennung der verschiedenen kulturellen Regionen und die Anerkennung der nationalen Dimension von Kultur.

Hauptstadtkultur

Der Bund ist für die kulturelle Repräsentation Deutschlands als Gesamtstaat, insbesondere in Berlin, sowie für die Auswärtige Kulturpolitik zuständig. So fördert die Bundesregierung durch den Beauftragten für Kultur und Medien national bedeutsame Kultureinrichtungen und kulturelle Vorhaben in ganz Deutschland und erfüllt länderübergreifende Aufgaben.

Die SPD bekennt sich zu der grundgesetzlich verankerten Bedeutung der Hauptstadt Berlin. Als Hauptstadt hat Berlin eine Bedeutung weit über seinen Status als Bundesland hinaus. Seine Ausstrahlungskraft ist ein internationales Aushängeschild für die gesamte Bundesrepublik.

Die kulturelle Bedeutung der Hauptstadt im internationalen Maßstab unterstreicht das Bild Deutschlands von einem weltoffenen, kulturell vielfältigen und toleranten Land in der Mitte Europas. Deshalb steht die SPD zu der Verpflichtung, die Bundesaufgaben in Berlin ausrechend zu finanzieren. Das gilt vor allem für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Gedenkstätten, den Bau des Humboldt-Forums und für weitere hauptstädtische Kulturinstitutionen von gesamtstaatlicher Bedeutung.

Soziale Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern

Die SPD, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte ernst nimmt, fühlt sich in besonderer Weise den Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen verpflichtet, die in ungesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Künstlerische Autonomie kennt oft die Kehrseite sozialer Unsicherheit. Es ist auch heute nur eine Minderheit, die von ihren kulturellen Tätigkeiten leben kann, zumeist herrschen Mischformen aus Erwerbsarbeit, Sozialtransfer, Kulturförderung, Kleinunternehmertum und Einnahmen aus der Kunstproduktion vor. Soziale Verantwortung bedeutet vor allem, sich für die Erhaltung gefährdeter Räume künstlerischer Produktion einzusetzen, die für die künstlerische Lebensführung so wichtigen Netzwerke zu stärken und das kulturelle Selbstunternehmertum durch Ausbildung und Förderung zu unterstützen.

Die Künstlersozialversicherung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Sicherung in einem Bereich, der von klassischen Sozialversicherungssystemen nicht erfasst wird. Vor ihrer Einführung 1983, von Sozialdemokraten konzipiert und durchgesetzt, hatten selbständige Künstler und Publizisten vielfach keine soziale Absicherung und waren im Notfall auf die Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen. Durch die erneute Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes im Dialog vor allem mit den Künstlern und ihren Interessenvertretungen (wie beispielsweise dem Deutschen Kulturrat) gelang die Sicherung und Stärkung der europaweit vorbildlichen Künstlersozialkasse, die der Erneuerung bedurfte, um leistungsfähig zu bleiben. Auch weiterhin zahlen selbständige Künstler und Publizisten den halben Beitrag für den vollen Schutz zur Absicherung vor den Risiken durch Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Alter.

In den Systemen der sozialen Grund- und Alterssicherung müssen die speziellen Belange der Künstlerinnen und Künstler berücksichtigt werden. Besonders die Beschäftigungsverhältnisse bei Film- und Fernsehschauspielern, die zumeist unregelmäßig abhängig beschäftigt sind, aber auch bei Bildenden Künstlerinnen und Künstlern stimmen nur ansatzweise mit den bisherigen Regelungen der Arbeitsverwaltung und des Sozialstaates überein, weshalb über neue Wege der sozialen Absicherung nachzudenken ist.

Grundlage einer kreativen Erwerbsarbeit ist das geistige Eigentum. Zu sozialer Verantwortung gegenüber den Künstlern, Kulturschaffenden und Kreativen gehört daher, eine angemessene Vergütung kreativer Leistungen sicherzustellen. Angesichts der schnellen Geräte- und Software-Entwicklung ist es zunehmend eine Herausforderung, den Schutz des geistigen Eigentums und entsprechend angemessene Vergütungen an den jeweiligen technischen Stand anzupassen.

5.5. Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft rückt zunehmend in den Fokus der politischen Öffentlichkeit. Sie bietet gute Chancen, um wirtschaftliches Wachstum, soziale Integration sowie Kreativität und Wissenschaft auf neue Art zusammenzubringen. Gerade die Metropolen mit ihren herausragenden Kulturangeboten, ihrer kulturellen Vielfalt, ihren kulturellen Freiräumen und neuen kulturellen Praktiken erweisen sich so als zentrale kulturelle Experimentierfelder der postindustriellen Gesellschaft. Die Metropole ist wieder im originärsten Sinne „Kult“. In ihr werden neue Lebensweisen, Arbeitsverhältnisse, Freizeitbedürfnisse und Möglichkeiten neuester Technologien ausgetestet und vorweggenommen.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Die klassische Kulturwirtschaft umfasst die zentralen Segmente Darstellende Kunst und Unterhaltungskunst (Theater, Varieté), die Bildende Kunst (u. a. Kunst, Architektur, Design), den Buch- und Pressemarkt die Musikwirtschaft und die audio-visuellen Medien (Film, Fernsehen, Rundfunk). Erweitert um die Branchen „Software / Games“ und „Werbung“ ist es international mittlerweile üblich, von den „creative industries“ zu sprechen. In dieser neuen Kultur- und Kreativwirtschaft sind im Zeitalter der digitalen Revolution nunmehr auch neue, zum Teil eng miteinander verflochtene, Branchen entstanden. In diesem neuen Branchenkomplex verbinden sich künstlerische und kulturelle Ideen und Produkte auf neuen Wegen. Das Verhältnis zwischen Ökonomie und Kreativität wird in diesem Sektor weniger als Gegensatz empfunden. An seine Stelle tritt ein produktives Wechselspiel, das zu mehr Wachstum, einen deutlichen Zugewinn an Arbeitsplätzen und zusätzlichen kulturellen Reichtum führt. Allein im Jahre 2004 wurden in der Kultur- und Kreativwirtschaft mit 58 Milliarden Euro immerhin 2,6% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Damit lag dieser Sektor selbst in der damaligen konjunkturellen Schwächephase vor der Chemieindustrie, dem Energiesektor und der Landwirtschaft. Im selben Jahr waren rund 815.000 Menschen (197.000 Selbständige, 618.000 abhängig Beschäftigte) in diesem Bereich beschäftigt. Seit langem weist die Kultur- und Kreativwirtschaft eine höhere Dynamik als die Gesamtwirtschaft auf. Wir erwarten, dass sich dieser Trend während des starken und hoffentlich dauerhaften konjunkturellen Aufschwungs noch verstärken wird. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist längst kein ökonomisches „Randphänomen“ mehr, sondern ein boomender Zukunftsmarkt, der wichtige Impulse in die übrigen Branchen gibt.

Besonders wichtig ist für uns Sozialdemokraten, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft - ohne dass wir die Problematik prekärer Arbeit, bzw. unentgeltlicher oder minimal entlohnter Beschäftigungsverhältnisse („Generation Praktikum“), übersehen - durch zusätzliche Arbeitsplätze und selbständige Tätigkeit neue Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs bietet, weil in ihren neuen Segmenten auch ohne formalen Bildungsabschluss unternehmerischer Erfolg erzielt werden kann.

Wegen ihres enormen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials auch auf europäischer Ebene ist die Kultur- und Kreativwirtschaft für uns Sozialdemokraten neben ihrem hohen kulturellen Wert eine wirtschafts-, arbeitsmarkt- und technologiepolitische Schlüsselbranche mit zunehmender Dynamik. Unser Ziel ist es, dass sozialdemokratisch geführte Länder eine Vorreiterrolle beim Ausbau der Kultur- und Kreativwirtschaft spielen. Dabei gilt es, insbesondere das Potenzial kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern und zu stärken, da gerade sie wesentlich zu Wachstum, Beschäftigung und Innovation beitragen. Das Forum Wirtschaft der SPD befasst sich bereits intensiv mit dem Thema Kreativwirtschaft und kooperiert mit wichtigen Protagonisten dieses Branchenkomplexes.

Politische Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Noch immer werden viele kreative Pläne nicht umgesetzt, weil es in der Kultur- und Kreativwirtschaft an betriebswirtschaftlichem Kapital fehlt. Gleichzeitig sucht das Wagniskapital weltweit nach sinnvollen Anlagemöglichkeiten. Wir unterstützen die Pläne des Bundesfinanzministeriums zur Förderung des Wagniskapitalbereichs in Deutschland. Wir unterstützen auch Modelle in den Ländern, die Projekte der Kultur- und Kreativwirtschaft mit Wagniskapital und flexiblen, langfristigen Kleinkrediten unterstützen. Ergänzend wollen wir einen Diskurs mit Spitzenbankern der drei Bankengruppen in Deutschland beginnen, um Modellfonds zu initiieren, die in die Kultur- und Kreativwirtschaft investieren.

Darüber hinaus wollen wir dafür sorgen, dass sie auch im Falle eines betriebswirtschaftlichen Misserfolgs eine zweite Chance erhalten und dass sie und ihre Beschäftigten in diesem Fall sozial abgesichert sind. Kreativität braucht auch Sicherheit. Deswegen wollen wir, dass die Absicherung von kreativen Unternehmerinnen und Unternehmern und künstlerischer Beschäftigter bei Arbeitslosigkeit überprüft wird und mögliche Lücken geschlossen werden. Flankierend setzen wir uns auf kommunaler, regionaler, auf Landes- und Bundesebene für Gründungsinitiativen im Bereich der Kreativwirtschaft ein. Die Initiativen sollen den Weg in die Selbständigkeit durch betriebswirtschaftliche Beratung und Qualifizierung ebnen und damit den unternehmerischen Erfolg absichern.

Leider ist die Kultur- und Kreativwirtschaft empirisch immer noch schlecht erfasst. Eine ernste Schwierigkeit besteht in der bundesweit nicht einheitlichen statistischen Erfassung und Abgrenzung des heterogenen und größtenteils kleinteiligen Branchenkomplexes Kultur- und Kreativwirtschaft auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Das erschwert ein gezieltes politisches Handeln auf der Grundlage gesicherter Daten erheblich. Wir fordern deshalb einen mit den Ländern abgestimmten Bericht der Bundesregierung zur Kultur- und Kreativwirtschaft, um deren Potenziale, die Chancen und Trends besser als bisher einschätzen zu können und auf dieser Grundlage ein zwischen Kommunen, Ländern und Bund abgestimmtes, koordiniertes und wirksames Handeln zu ermöglichen.

Während es beispielsweise in Großbritannien bereits einen „Creative Industries Minister“ und in Frankreich ein spezielles Rahmenprogramm gibt und sich internationale Organisationen wie OECD, Weltbank, ILO, UNESCO und insbesondere auch die EU immer intensiver mit der Rolle der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigen und politisch aktiv werden, gibt es in Deutschland noch kein in sich geschlossenes politisches Gesamtkonzept, um diesen Branchenkomplex zu einer stabilen, ökonomisch dynamischen, technologisch hoch innovativen Wachstumsbranche ausbauen und stabilisieren zu helfen. Sollte es dabei bleiben, verspielt Deutschland auch mit Blick auf internationale Entwicklungen enorme Chancen. Deshalb setzen wir uns für eine entsprechend hoch angesiedelte politische Verankerung dieses Bereiches innerhalb der Landesregierungen und der Bundesregierung ein.

Urheberrecht

Die digitale Revolution bietet viele neue Chancen für die Kreativen. Im Informationszeitalter kann sich der unschätzbare Selbstwert des Kulturellen zur Entwicklung des Einzelnen, zur Vielfalt und Selbstverständigung der Gesellschaft auch deshalb besser entfalten, weil sich gleichzeitig Innovation, Kreativität und Talent - auf der Basis künstlerischer und kultureller Ressourcen – als Motoren des Wachstums erweisen. Digitalisierung und Internet schaffen aber auch neue Probleme für den Schutz des geistigen Eigentums. Wir müssen uns verstärkt der Realität stellen, dass durch die digitale Revolution wissensbasierte Produkte bei der Digitalisierung und dem Vertrieb über das Internet zunehmend Schutzprobleme bekommen - allerorten gibt es Urheberrechtsverletzungen und Produktpiraterie. Die Kreativen selbst nutzen die neuen

technischen Möglichkeiten der Vermarktung und Verbreitung kreativer Leistungen - diese müssen in neue Formen und Modelle der Vergütung einbezogen werden.

Für die Politik ergibt sich daraus immer wieder die Herausforderung, angesichts neuer global zugänglicher Vertriebsmedien dafür zu sorgen, dass die Stellung der Urheber nicht geschwächt wird. Es bedarf der Anerkennung des Wertes der kreativen Leistung, wozu ein gewisser Schutz gehört, damit sich diese frei entfalten kann und entsprechend entlohnt und damit angemessen gewürdigt wird. In Zeiten immer schneller fortschreitender technischer Entwicklungen, muss es eine politische Aufgabe sein, fortwährend den fairen, funktionsfähigen Ausgleich zwischen Kreativen, Produzenten und Vertriebspartnern zu finden und durchzusetzen. Die Bundesregierung steht dazu im Dialog mit Kreativen, Verwertern, Geräteindustrie und Verbrauchern.

5.6 *Kulturauftrag der Medien*

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

In der SPD findet das Duale System mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als wichtigem Kulturmedium einen engagierten Verfechter. Dort wo das Privatfernsehen dominiert, verflacht und boulevardisiert die politische Kultur. Der im Grundgesetz verankerte Kultur-, Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt anderen Kriterien als der Maximierung von Einschaltquoten. Wir erwarten, dass diese besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Zukunft deutlich bleibt. Die politische Informationspflicht, die kulturelle Bildung, die Präsentation von Inhalten, die es auf dem ökonomischen medialen Markt schwer haben, die Informationsinteressen von Minderheiten und Weniger-Kaufkräftigen, die Sensibilisierung für Kunst und Kultur, der Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft legitimieren erst einen von den Marktgesetzen entlasteten, durch Pflichtabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die Förderung der deutschen und europäischen Filmkultur gehört zu seinen genuinen Aufgaben. Die Vielfalt des Musikschaflens sollte sich deutlicher in den Radiokanälen abbilden, denn nur so wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem besonderen Bildungs- und Informationsauftrag gerecht.

Die Inhalte müssen die gesamte Bandbreite des gesellschaftlichen Lebens und der kulturellen Vielfalt wiedergeben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Selbstverantwortung und die kulturbezogenen Verpflichtungen des Programmauftrages besser umgesetzt werden. Gerade in der digitalisierten Welt ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar, angesichts zunehmender Unübersichtlichkeit bedarf es mehr denn je zur Orientierung unabhängiger, sorgfältig recherchierter Informationen, sowie der Verpflichtung, unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen in der Gesellschaft eine Stimme zu geben. Neue Medien müssen dabei immer ein Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, er muss sie voll abdecken können. Mit solchen Angeboten neuer Art, wird es möglich neue Zielgruppen zu erreichen und damit eine mediale Generationenspaltung der Bevölkerung zu vermeiden.

Neue Medien

Die Neuen Medien und insbesondere das Internet eröffnen eine völlig neue Welt der Übermittlung, Interaktion und Übertragung von Inhalten. In den digitalen Medien sind beide Möglichkeiten angelegt: die Verbreitung und Demokratisierung kultureller Inhalte, aber auch die weitere Trivialisierung von Kultur hin zur immer banaleren Unterhaltung. Längst sind das „World Wide Web“ und zunehmend auch der Video- und Computerspiele-Markt zu einem enormen Wirtschaftsfaktor geworden. Allein in Deutschland erzielen Anbieter von Computerspielen Umsätze jenseits der 1-Milliarden-Grenze und haben etwa die Kino-Branche in puncto Wirtschaftskraft abgehängt. Nach Brancheninformationen spielen täglich rund zehn Millionen Bundesbürger die einschlägigen Spiele, Tendenz zunehmend und dies oft über mehrere Stunden.

Zweifellos steht unserer Gesellschaft durch diesen neuen „Kultur-Anbieter“ im Alterssegment der unter 40-Jährigen eine in ihren Auswirkungen noch nicht zu übersehende Umschichtung bevor. Die so genannten Killerspiele wie „Counterstrike“ oder „Warcraft“ und extremere Formen grausamer und sadistischer Produktionen können labile jüngere Menschen seelisch beschädigen. Die Wirksamkeit dieser und anderer Gattungen ist insofern empirisch zweifelsfrei belegt, als es Schulmassaker erst in der Film-Fiktion und erst danach in der Schulrealität gab. Verbotsforderungen allein können dieser neuen Problematik des spielerischen Umgangs mit Grausamkeit und Totschlag allerdings nicht abhelfen, es bedarf umfassender medienpädagogischer Maßnahmen und der gezielten Stärkung der Persönlichkeit von Jugendlichen (Ich-Stärke), die diese dann nicht mehr nach fiktionalen und realen Praktiken der Entwürdigung Anderer, Schwächerer suchen lässt. Kinder und Jugendliche kommen mittlerweile viel zu leicht an nicht altersgemäße Computerspiel-Angebote. Auch sind gerade bei Kindern die hierfür verwendeten Zeitbudgets als viel zu hoch einzuschätzen. Nachdringlich gefordert wird von uns Sozialdemokraten die tatsächliche Anwendung der bereits bestehenden Regelungen für einen wirkungsvollen Jugendmedienschutz, eine deutliche Verbesserung der Medienkompetenz in Elternhaus, Kindergarten und Schule sowie die gezielte Förderung von Computerspielen mit ungefährlichen und wertvollen Inhalten. Computerspiele sind nicht nur Bestandteil der Alltagskultur von Jugendlichen und Erwachsenen sondern auch des zunehmend wichtigen und höchst innovativen Sektors der Kultur- und Kreativindustrie. Authentische Kulturerlebnisse sind in den vergangenen Jahren auch infolge der medialen Entwicklung wichtiger geworden, Konzert- und Theaterbesuche, eigene Kunstpraxis ist unverzichtbar für die Bildung von starken und sensiblen Persönlichkeiten. Es wird eine wichtige zivilisatorische Aufgabe werden, kulturell wertvolle Inhalte im Internet zu fördern und zu verhindern, dass es zu einem amoralischen Freiraum des Egoismus und der Menschenverachtung wird.

Medienerziehung

Die Medien entwickeln sich zu einem wichtigen Bereich der kulturellen Bildung. Die Medien führen nicht nur zu einer tief greifenden und schnellen Veränderung in unserer Gesellschaft, die Konvergenz der Medien selbst lässt die Grenzen zwischen den einzelnen Medien verschwinden. Deshalb sind der Umgang und die sinnvolle Nutzung der Medien eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz. Da Medien alle Lebens- und Lernbereiche durchdringt, muss die Medienkompetenz zu einer kulturellen und beruflichen Basisqualifikation entwickelt werden.

5.7. Auswärtige und Europäische Kultur- und Bildungspolitik

Im 21. Jahrhundert werden sich internationale Konflikte, Bürgerkriege oder terroristische Bedrohungen immer häufiger kultureller Begründungen bedienen oder haben kulturelle Ursprünge. Ihnen ist damit präventiv weitaus stärker als in der Vergangenheit auf der Ebene des kulturellen Dialogs zu begegnen. Im Zuge dieses Wandels steigen auch die Anforderungen an das Engagement Deutschlands in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Hinzu kommt, dass mit der Weiterentwicklung von immer mehr Ländern der Dritten Welt zu Ankerländern auch der Anspruch an eine differenzierte und weiterentwickelte Entwicklungspolitik steigt. Hier bieten kulturelle und bildungspolitische Maßnahmen besonders große Chancen, sinnvolle und nachhaltige Hilfe zu leisten.

Auswärtige Kulturpolitik

Die von Willy Brandt als „Dritte Säule“ der Außenpolitik geprägte Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) hat in den vergangenen Jahren immer stärker an Bedeutung gewonnen. In der internationalen Arbeit zeigt sich zunehmend, dass kulturelle und bildungspolitische Initiativen zu einem wertvollen, unersetzbaren und unverzichtbaren Mittel der Präsentation unseres Landes, des Austauschs mit anderen Nationen und der internationalen Verständigung geworden sind. Praktische Maßnahmen können in diesem

Rahmen helfen, zivilgesellschaftliche Kräfte zu stärken und Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu befördern.

Durch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vermittelt Deutschland ein zeitgemäßes Bild seiner Kultur und Gesellschaft und kann gleichzeitig auch abseits der offiziellen diplomatischen Ebene seine Interessen wahren sowie auf zivilgesellschaftlicher Ebene mit den Menschen in einen ganz unmittelbaren gewinnbringenden Austausch treten. Besonders die Unabhängigkeit der hierzu beauftragten Mittlerinstitutionen wie das Goethe-Institut, der Akademische Austauschdienst, die Deutsche Welle, das Institut für Auslandsbeziehungen, das Deutsche Archäologische Institut oder die Alexander von Humboldt-Stiftung trägt zu der hohen internationalen Glaubwürdigkeit und Anerkennung bei.

Die vergangenen Jahre zeigen, dass Konflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen weniger zwischen Nationen und Staaten entstehen. Stattdessen nehmen gefährliche Spannungen immer häufiger zwischen unterschiedlichen Volksgruppen, Ethnien und Religionsgruppen ihren Ursprung. Die resultierenden Auseinandersetzungen haben in der Folge kulturelle Ursprünge, denen mit konventionellen militärischen Mitteln gerade nicht Einhalt geboten werden kann. Aus diesem Grund muss es ein politisches Ziel sein, diesen neuen Herausforderungen weitaus stärker auf der Ebene des kulturellen Dialogs mit Mitteln der AKBP zu begegnen. Deshalb ist es notwendig, mit den steigenden globalen Anforderungen auch das Engagement Deutschlands in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik weiter zu erhöhen.

Gleichzeitig kommt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine stärkere Rolle in der Entwicklungsarbeit zu. Immer mehr ehemalige Dritte-Welt-Länder haben dank ihrer wachsenden Wirtschaftskraft eine neue Stellung erreicht und damit verbunden auch ein neues Selbstbewusstsein gewonnen, bei dem die Mittel der klassischen Entwicklungsarbeit an ihre Grenzen stoßen. Hier ist es eine wichtige politische Aufgabe, verstärkt kulturelle und bildungspolitische Maßnahmen in diese Arbeit mit einzubeziehen, um zu einer zielgenauen, effektiven, differenzierten und nachhaltigen Entwicklungspolitik zu kommen, in deren Zentrum Bildung und Förderung von Menschen, besonders von Mädchen und Frauen, stehen muss.

Europäische Kulturpolitik

Die Zukunft Europas und seiner Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt hängt auch von einer europäischen Kulturpolitik und davon ab, ob es gelingt, die nationale und kulturelle Vielfalt der Mitgliedsstaaten zu stärken und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch die Besinnung auf gemeinsame kulturelle Ursprünge zu fördern. Der Integrationsprozess wird nur voranschreiten, wenn es gelingt, die Bürger aktiv in diesen Prozess zu integrieren, ihnen Europa näher zu bringen und somit „Europa eine Seele zu geben“, gemäß dem bekannten Ausspruch von Jean Monnet: „Wir verbinden nicht nur die Staaten, wir vereinigen die Völker.“

Es geht darum, basierend auf seiner wunderbaren regionalen und nationalen Vielfalt Elemente einer gemeinsamen europäischen kulturellen Identität herauszubilden. Die Verbindung der verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen, Projekte zur Entstehung einer europäischen kulturellen Öffentlichkeit sind bedeutende Ansätze, denn die gegenseitige Kenntnis und Akzeptanz der europäischen Kulturnationen ist eine Voraussetzung dafür, das Leitmotiv der EU „Geeint in Vielfalt“ wirklich werden zu lassen. Diese Vielfalt soll sich auch in der Sprache wieder finden lassen. Es muss in diesem Zusammenhang unser Ziel sein, innerhalb der EU den Unterricht in zwei Sprachen für den Schulabschluss verbindlich zu machen.